(AM/KR/WL)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Frontal21: Verdecktes Politiker-Netzwerk – bahn kauft sich Lobbyisten**
   Bahnchef Hartmut Mehdorn hat nach Recherchen des ZDF-Magazins Frontal21 mindestens ein Dutzend Ex-Politiker, darunter ein ehemaliger Bundesminister sowie zahlreiche Landesverkehrsminister, in den Dienst der Bahn gestellt.
   Quelle 1: ZDF / frontal 21
   Quelle 2: Das Manuskript der Sendung [PDF – 52 KB]
2. **Zur Kritik des Modells einer »Volksaktien-Bahn«**
   Am Freitag vergangener Woche gab es im Bundestag eine Debatte, die eine historische hätte sein können. Ihr Gegenstand war die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Bahnprivatisierung. Doch die Debatte wurde dem historischen Anspruch in keiner Weise gerecht. Drei gravierende Fehler verdeutlichen dies.
   Zunächst einmal wurde der 105 Seiten starke Gesetzentwurf zwar von der Exekutive, dem Ministerium für Verkehr (unter Berücksichtigung vieler Wünsche des Bahnvorstands) ausgearbeitet. Formell wurde er aber urplötzlich »von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD«, also von den Parteien der Legislative, in den Bundestag eingebracht. Dabei haben die Koalitionsfraktionen den Gesetzentwurf im Wortlaut nie ausführlich diskutiert. Vielmehr durften sie ihn in der gleichen Woche auf Fraktionssitzungen ohne eine Änderung abnicken.
   Das zweite Manko in dieser Debatte ist darin zu sehen, daß es im Parlament keine klare Stimme gab, die den zwei Dritteln der Bevölkerung, die eine Bahn in öffentlichem Eigentum wünschen, Gehör verschafft hätte.
   Der dritte gravierende Fehler in dieser Debatte ist darin zu sehen, daß die SPD-Linke um den Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer der Einbringung dieses Dokuments als einem von der SPD-Fraktion getragenen Gesetzentwurf zustimmte. Dabei hatten Scheer und eine Reihe von SPD-Parlamentariern im Vorfeld eine grundsätzliche Kritik an der Bahnprivatisierung und an dem konkreten Gesetzentwurf entwickelt und diese in einem Memorandum auch schriftlich ausformuliert vorgetragen.
   Quelle: junge Welt

3. **Ulrike Herrmann: Wunder der Statistik**
   Von den fast 40 Millionen Erwerbstätigen waren im August nur 26,89 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Rest sind Beamte, Selbstständige – und geringfügig Beschäftigte. Fast 5 Millionen Menschen haben inzwischen nichts anderes als einen Minijob. Das sind 125.000 mehr als noch vor einem Jahr.
   Unterm Strich sind im letzten Jahr 555.000 sozialversicherungspflichtige Stellen hinzugekommen – davon waren die Hälfte jedoch nur Teilzeitstellen. Zudem wächst eine Branche besonders stark: die "unternehmensnahen Dienstleistungen". Dahinter verbirgt sich die Zeitarbeitsbranche, die im Vergleich zu 2006 240.000 Stellen geschaffen hat – also knapp die Hälfte aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.
   Zudem fällt trotz der vielen neuen sozialversicherungspflichtigen Stellen auf, dass der Verlust der letzten Jahre nicht ausgeglichen werden konnte. 1995 gab es in Deutschland noch 28,118 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, heute sind es wie gesagt nur 26,89 Millionen. Doch obwohl die regulären Stellen schwinden, liegt die offizielle Arbeitslosenquote heute wie damals bei 8,4 Prozent.
   Die offizielle Arbeitslosenzahl bildet nur ungenügend ab, was sich auf dem Arbeitsmarkt tut. Das zeigt sich auch an einem weiteren Phänomen: Nur 3,543 Millionen Menschen galten im September als arbeitslos – aber gleichzeitig erhielten 6,06 Millionen erwerbsfähige Personen entweder Arbeitslosengeld I oder II.
   Quelle: taz
4. **Wie kurzsichtige Manager die Börse täuschen**
   Kurz vor Kapitalerhöhungen melden Manager oft hohe Gewinne. Der Trick: Einsparungen bei Marketing, Forschung und Entwicklung. Kurzfristig geht die Rechnung auf, doch langfristig ist der Wert des Unternehmens in Gefahr. Von Natalie Mizik, Associate Professor für Business an der Columbia Business School in New York, und Robert Jacobsen, Professor für Marketing and Transportation an der Business School der University of Washington.
   Quelle: SPIEGEL
5. **135 Thüringer trotzen texanischem Fonds**
   Ein US-Finanzinvestor kauft eine Fahrradfirma in Thüringen, verkauft sie stückweise weiter und feuert die Belegschaft. Die Mitarbeiter sind schockiert – seit 80 Tagen besetzen sie die Produktion. Sie wollen beweisen, dass ihre Firma keineswegs marode ist.
   Quelle: SPIEGEL
6. **Ex-Mannesmann-Chef Esser: Firmenjäger aus Leidenschaft**
   Wie viele frühere Topmanager arbeitet der ehemalige Mannesmann-Chef Klaus Esser für einen Finanzinvestor. Ein Getriebener ist er auch bei diesem Job – die Geldgeber

erwarten hohe Renditen.
Trotzdem sei die Arbeit als Private-Equity-Manager mehr als ein Berater-Job – wegen der Verantwortung gegenüber den Investoren. Wenn eine Idee nicht funktioniere, dann falle sie General Atlantic und ihm persönlich noch Jahre später auf die Füße. "Der Druck und die Schlaflosigkeit sind daher verdammt ähnlich wie beim Chef eines börsennotierten Unternehmens."
Die Geldgeber von General Atlantic – überwiegend vermögende Familien – erwarten hohe Renditen. Um die zu schaffen, müssen die Firmen, in die Esser und seine Partner investieren, jährlich um 25 Prozent im Wert wachsen. "Damit das geht, muss schon etwas Wesentliches passieren", sagt Esser.
Am Ende geht es darum, eine Firma mit Erfolg wieder zu verkaufen, etwa über die Börse, "der Königsdisziplin", wie Esser sagt.
Quelle: SZ

***Anmerkung eines unserer Leser:*** *Immer mal wieder prangern Sie zu Recht die abnehmende Unabhängigkeit des Journalistenberufs an, der, statt seine klassische Kontrollfunktion von Macht in der Gesellschaft auszuüben, sich als PR-Instrument hergibt. Ein Paradebeispiel, allerdings sehr subtil und nicht auf den ersten Blick erkennbar, findet man in der SZ vom Wochenende auf S.38 mit Martin Hesses Portrait von Klaus Esser. Diese Hagiographie (Beschreibung von Heiligenleben), die allerdings stilistisch ganz trocken daherkommt, was sie eben so gefährlich macht, verdiente, denke ich, eine kritische Analyse.*
*Ein Textabschnitt fängt beispielsweise so an: „Die Geldgeber von General Atlantic- überwiegend vermögende Familien- erwarten hohe Renditen. Um die zu schaffen, müssen die Firmen, in die Esser und seine Partner investieren, jährlich um 25 Prozent im Wert wachsen. „"Damit das geht, muss schon etwas Wesentliches passieren"", sagt Esser"… (Die Bank, die von ihren Kreditkunden einen Zins von 25% p.a. verlangte, hätte doch wohl ziemlich schnell BaFin und Medienöffentlichkeit auf dem Hals…). Über Martin Hesse konnte ich nicht viel recherchieren. Aber er scheint sein Spezialgebiet gefunden zu haben. In der SZ vom 10.03.2007 ging es um Ackermann.*

***Anmerkung WL:*** *Kein Wort über die dubiose Rolle, die Esser beim Mannesmann-Vodafone-Deal gespielt hat, keine Silbe zu den rd. 30 Mio. Euro Abfindung, die Esser für die „Wertsteigerung" der Mannesmann-Aktie kassiert hat, kein Hinweis auf den Mannesmannprozess und die dort festgestellte objektive Untreue.*

7. **Finanzministerium ignoriert verstärkt bürgerfreundliche Urteile des Bundesfinanzhofs**

Die Richter des Bundesfinanzhofs (BFH) in München verfolgen mit Ärger, dass dieses Jahr bereits elf ihrer Judikate mit einem Nichtanwendungserlass belegt wurden. Das sind etwa doppelt so viele wie früher in einem ganzen Jahr. Zehn der Entscheidungen wären laut BFH von Vorteil für die Bürger gewesen. Finanzämter dürfen diese nicht umsetzen, sie gelten nur für die Kläger.
Quelle: Focus

8. **Philippe Maystadt, Präsident der Europäischen Investitionsbank: Mangelnde Mobilität der Arbeitskräfte in der EU behindert die wirtschaftliche Konvergenz**
In den USA ist die erfolgreiche Konvergenz zwischen den Regionen, was die wirtschaftliche Lage angeht, stark von der Mobilität der Arbeitskräfte abhängig. Interne Migration ist die zentrale Triebkraft für die Konvergenz der Einkommen. Im Gegensatz hierzu ist eine Mobilität der Arbeitskräfte in der EU überwiegend nicht gegeben. Eine Verringerung des Angebots an Arbeitskräften in den wirtschaftlich schwachen Gebieten Europas und die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots in den florierenden Regionen würde viel dazu beitragen, Unterschiede bei den Löhnen und Gehältern und bei der Arbeitslosenquote zu verringern.
Quelle: Project Syndicate

***Anmerkung Orlando Pascheit:*** *Es ist immer wieder erstaunlich mit welch schlichten Vorstellungen, Repräsentanten wichtiger europäischer Institutionen grundlegende entwicklungspolitische Problemen, wie die Frage von Divergenz bzw. Konvergenz wirtschaftlicher Entwicklung in Europa angehen. Dies ist umso erstaunlicher angesichts der Erfahrungen mit der Beharrlichkeit eines innerstaatlichen Entwicklungsgefälles in vielen europäischen Staaten wie z.B. in Italien oder auch neuerdings zwischen Ost- Westdeutschland.*
*Das europäische Binnenmarktprojekt versprach bei Liberalisierung der Güter-, Dienstleistungs- und Faktormärkte den Ausgleich zwischenstaatlicher bzw. regionale Einkommensdifferenzen durch entsprechende Faktorwanderungen. Der Präsident der Europäische Investitionsbank, Philippe Maystadt, erklärt nun die mangelnde Mobilität des Faktors Arbeit zum zentralen Hindernis der Beseitigung der weiterhin bestehenden regionalen Einkommensdisparitäten in Europa.*
*Die geringe Wirksamkeit der oben genannten Mechanismen im allgemeinen aber eben speziell auch der Beitrag der Arbeitskräftewanderung zum regionalen Disparitätenausgleich erklärt sich zunächst dadurch, daß die Konvergenzthese der neoklassischen Modellwelt entspringt und dort ist Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung modellimmanent nicht möglich. Wenn aber in Deutschland und vielen anderen Mitgliedsländern real ein gesamtwirtschaftlicher Überschuß an Arbeitskräften auf fast allen Qualifikationsstufen besteht, ist die Beseitigung des*

*zentralen Entwicklungsgefälles zwischen West- und Osteuropa über die Mobilität der Arbeitskräfte kaum zu erwarten.*
*Daß eine Nachfrage nach gering qualifizierten ausländischen Arbeitskräften auf unregulierten bzw. illegalen Arbeitsmärkten besteht, ist nicht zu leugnen, verschärft aber nur die innergesellschaftlichen Disparitäten Europas.*

9. **Die Preissteigerungen sind höher als angenommen**
Der renommierte Statistiker Hans Wolfgang Brachinger hat einen Index berechnet, der misst, wie stark die Menschen bei ihren täglichen Einkäufen die Inflation spüren. Zwischen April 2006 und August 2007 lag die Teuerung mit 3,94 Prozent etwa doppelt so hoch wie die offiziellen Inflationszahlen. Und eine Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigt, wie viel ihres Einkommens Hartz-IV-Empfänger, allen Gegenreden der Politiker zum Trotz, allein in den vergangenen drei Jahren durch die Teuerung eingebüßt haben.
Bis September 2007 hat ein Hartz-IV-Empfänger mit einem Regelsatz von 347 Euro danach rund 16 Euro seiner Kaufkraft verloren. Er konnte also 4,6 Prozent weniger Waren und Dienstleistungen erwerben, als es im Januar 2004 der Fall gewesen wäre, als der Satz offiziell berechnet wurde.
Quelle: Die Welt Online

***Anmerkung:*** *Interessant ist die Bewertung des "Index der wahrgenommenen Inflation" (IWI), bei dem die Preise von Gütern, die besonders oft gekauft werden, besonders großes Gewicht haben, durch die Welt-Autorinnen. Dieser Index sei umstritten: „Denn eine offizielle "Käuferinflation" könnte vielen Gruppen in der Gesellschaft Argumente geben, für sich mehr Geld zu fordern. Rentner und Hartz-IV-Empfänger könnten reklamieren, dass Nahrungsmittel in ihren Budgets ein besonders hohes Gewicht haben. Gewerkschaften könnten mit den Zahlen höhere Lohnforderungen begründen."*

10. **Die Großgewerkschaft ver.di verliert jährlich Mitglieder, die Verbände der privilegierten Berufsgruppen wachsen beständig**
Die These vom Nachlassen der Attraktivität der Gewerkschaft für junge Leute ist wohl zu einfach, um allein damit den Mitgliederschwund zu erklären. Denn immerhin ist es Ver.di gelungen, sich als Marke für linke Ziele zu positionieren: Die Dienstleistungsgewerkschaft gab den maßgeblichen Anstoß zur Mindestlohndebatte, startete Kampagnen für faire Arbeitsbedingungen wie beim Lidl-Discounter und verjüngte ihr Image durch die Zusammenarbeit mit den Globalisierungskritikern von

Attac.
Vielleicht hat der Mitgliederschwund einen ganz anderen, banaleren Grund: 1 Prozent vom Bruttolohn kostet der Ver.di-Mitgliedsbeitrag. Wer aber in prekären Jobs 1.500 Euro im Monat verdient, der will nicht unbedingt allmonatlich 15 Euro für eine Mitgliedschaft berappen, deren persönlicher Nutzwert für ihn oder sie nicht direkt spürbar ist.
Quelle: taz

11. **Ver.dis bedrohliche Schwäche**
Die Schwäche der Gewerkschaften erklärt auch ein Phänomen, das in dieser Woche die Schlagzeilen beherrscht hat: den sogenannten Nettolohnskandal. Mit verwirrenden Zahlen, aber richtiger Stoßrichtung hat nun auch die Bild-Zeitung erkannt, dass die Reallöhne der Beschäftigten in den letzten 20 Jahren kaum gestiegen sind. Aber woran liegt das? Schnell setzte sich der Eindruck fest, dass nur der Staat schuld sein kann, der mit Steuern und Sozialabgaben seine Bürger schröpft. Das ist nicht ganz falsch, schließlich wurde die Wiedervereinigung vor allem über die Sozialkassen finanziert. Aber der zentrale Zusammenhang wurde lieber übersehen, obwohl er schlichter nicht sein könnte: Die Nettoreallöhne stagnierten weitgehend, weil auch die Bruttolöhne nur bescheiden ausfielen. Das ist übrigens kein Naturgesetz. In unseren westeuropäischen Nachbarländern sind die Gehälter viel stärker gestiegen, ohne dass die Wirtschaft gelitten hätte.
Quelle: taz
12. **SPD will Agenda 2010 korrigieren**
Die SPD-Spitze denkt nach SPIEGEL-Informationen intensiv darüber nach, einen zentralen Bestandteil von Gerhard Schröders umstrittener Agenda 2010 zu korrigieren. Vor allem die Bezieher von Arbeitslosengeld I würden davon profitieren.
Quelle: Spiegel Online

***Anmerkung:*** *Nachdem er jahrelang den Einpeitscher für Schröder machte (“Sei rüde, sei ehrlich, mach es schnell”), scheint dem SPIEGEL zurzeit an einem sozialeren Image gelegen zu sein.*

13. **Beim SPD-Parteitag steht Ärger ins Haus**
Der SPD-Parteitag Ende Oktober in Hamburg könnte turbulenter werden als von der Führung der Sozialdemokraten erhofft.
Quelle: ftd
14. **“Die Räuberbarone kommen zurück”**
Eine Konzernkritikerin legt nach: In ihrem neuen Buch stellt die “No Logo”-Autorin Naomi Klein den Kapitalismus als brutales Regime dar, das nach Kriegen, Schocks und

Krisen besonders gut funktioniert. Im SPIEGEL-Gespräch verteidigt sie ihre Thesen und spricht über "demokratischen Sozialismus".
Quelle: SPIEGEL

***Anmerkung:*** *Das Gespräch führen Gabor Steingart und Frank Hornig. Das selbstbewusste Auftreten von Naomi Klein ist ihnen offensichtlich unangenehm und rätselhaft. Schließlich verlieren sie ihre Beherrschung und lassen zwei Sätze fallen, die inhaltlich zwar keinen Bezug zum Kontext aufweisen, dem Leser jedoch schlaglichtartig die ganze Schlichtheit ihres Denkens offenbaren: „Wenn immer alles so wieder aufgebaut würde wie es vorher war, würden die Europäer heute in einem Vorkriegsmuseum leben, architektonisch und politisch. Die Frage der einfachen Wiederherstellung des Gewesenen verbietet sich doch mitunter sogar, denken Sie nur an die kollabierte Sowjetunion." Diese einfachen Gemüter sind bis heute tatsächlich von keinen noch so zarten Zweifeln an den „Strukturreformen" berührt worden. Für sie steht unverrückbar (und wider alle Fakten) fest, dass es für Deutschland keinen anderen Weg in die Zukunft geben kann als die Schrödersche Demontage des Sozialstaats.*

15. **"Minijobs unzeitgemäß" – Neues Buch zu Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland**
Seit Mitte der 1990er Jahre steigt die Niedriglohnbeschäftigung hierzulande sprunghaft an. In einigen Branchen ist diese Entwicklung besonders gravierend – in Ostdeutschland zudem stärker ausgeprägt als in den alten Bundesländern. Das zeigen Professor Dr. Gerhard Bosch und Dr. Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in ihrer Studie "Arbeiten für wenig Geld". Sie ist soeben im Campus Verlag erschienen und Teil eines großen internationalen Ländervergleichs. An den Beispielen Call Center, Einzelhandel, Ernährungsindustrie, Hotel und Krankenhaus analysieren die IAQ-Wissenschaftler die Niedriglohnarbeit in Deutschland und machen deutlich, wo politischer Handlungsbedarf besteht.
Im Vorwort der 319 Seiten starken IAQ-Studie kritisiert der Nobelpreisträger von 1987 Robert M. Solow eine besondere deutsche Beschäftigungsform – die Minijobs – als unzeitgemäß. Es sei fraglich, "ob diese Institution eine tragfähige Langzeit-Lösung in einer modernen Wirtschaft sein kann", so der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler. Für Beschäftigte, die über längere Zeit keinen Ausweg aus gering bezahlter Arbeit gefunden haben, bedeute Niedriglohnarbeit "Armut inmitten Wohlstands".
Quelle: idw

16. **Arbeitslosigkeit vermeiden, aber nicht um jeden Preis**
Wie die Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) 2006 zeigen, fürchtet ein beachtlicher Teil der Erwerbstätigen in Deutschland um seine Stelle. Ungefähr ein Drittel macht sich Sorgen darüber, seine Arbeit zu verlieren – besonders bei den ostdeutschen Erwerbstätigen ist die Angst um den Arbeitsplatz (über 40%) groß. Dennoch ist nicht jeder bereit, schlechtere Arbeitsbedingungen hinzunehmen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden 55% der Erwerbstätigen in Westdeutschland geben im Gegensatz zu 46% in Ostdeutschland an, dass sie finanzielle Einbußen hinnehmen würden.
Quelle: idw

***Anmerkung:*** *Der Frage, ob viele Arbeitnehmer finanzielle Einbußen überhaupt verkraften könnten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ist die Studie allerdings nicht nachgegangen. Warum sind Erwerbstätige in Ostdeutschland weniger bereit finanzielle Einbußen hinzunehmen? Doch wohl vor allem deshalb, weil sie angesichts der im Osten niedrigeren Löhne vielfach gar nicht mehr dazu in der Lage wären, weitere Lohneinbußen hinzunehmen.*

17. **Deutsches Studentenwerk: "In die Wissensgesellschaft über weit geöffnete Hörsaaltüren"**
Der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), Prof. Dr. Rolf Dobischat, hat die "extreme soziale Selektivität" des deutschen Hochschulsystems kritisiert, wie sie die 18. DSW-Sozialerhebung sowie der jüngste OECD-Bildungsbericht erneut dokumentiert haben. Auf einer Veranstaltung des Finanzdienstleisters MLP, an der hochrangige Vertreter der Europäischen Kommission, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt teilnahmen, sagte Dobischat in Berlin: "In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft über den Bildungsweg. Bei der Verteilung von Bildungschancen haben wir eine soziale Polarisierung. Von 100 Akademikerkindern studieren 83, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition aber nur 23. Das ist beschämend für eine Demokratie." Dobischat warb für eine soziale Öffnung der Hochschulen, eine rasche BAföG-Erhöhung sowie ein stärkeres Engagement der Wirtschaft bei Stipendien für Studierende. Derzeit erhalten nur 2% der Studierenden ein Stipendium.
Quelle: idw
18. **Hessischer Landtag schafft gesetzliche Grundlage für Umwandlung der Universität Frankfurt in Stiftungshochschule zum 1. Januar 2008**
Als Hauptziele der Stiftungsuniversität bezeichnete Unipräsident Steinberg die Verwirklichung von Exzellenz in ausgewählten Bereichen bei gleichzeitiger Wahrung

der wissenschaftlichen Breite. “Diesen Spagat muss die Universität schaffen.” Die Stiftungsuniversität werde in den nächsten Jahrzehnten für die Verwirklichung dieser inhaltlichen Ziele die nötigen Mittel bereitstellen. Als weiteres Ziel nannte Steinberg eine stärkere Öffnung der Universität gegenüber Stadt und Region.
Quelle: idw

***Anmerkung WL:*** *Lassen wir einmal beiseite, dass das Etikett „Stiftungs“-Universität ein ziemlicher Etikettenschwindel ist. Denn wo hat diese Stiftungsuni ein Stiftungsvermögen wie etwa die amerikanischen Universitätsstiftungen, aus dem sie sich wenigstens zu einem Teil finanzieren könnte. Das Land Hessen müsste seinen gesamten Hochschulhaushalt für mehrere Jahre für einen Vermögensaufbau einsetzen, um die Uni Frankfurt aus dem Stiftungsvermögen finanzieren zu können.*
*Aber darum geht es bei der Umetikettierung auch gar nicht. Den Löwenanteil der Kosten darf auch künftig der Steuerzahler über jährliche öffentliche Haushaltszuschüsse tragen. Der Haushaltsgesetzgeber, das Parlament, die Politik sollen nur nichts mehr zu sagen haben und sich mit Rolle des Zahlmeisters zufrieden geben.*
*Universitätspräsident Prof. Rudolf Steinberg wurde da bei aller Zurückhaltung schon etwas deutlicher, um was es mit der Umwandlung in eine Stiftungsuniversität geht: Die Wahl der Rechtsform ›Stiftung öffentlichen Rechts‹ signalisiere der Bürgerschaft das Angebot, sich an der Hochschule zu engagieren.*
*Das hört sich pathetisch und schön an: Um welche Gruppe der „Bürgerschaft“ es dabei nur gehen kann, lässt sich an den Stiftern für die Stiftungslehrstühle ablesen.*
*Es geht um die Ausdehnung der privaten institutionellen Macht des Reichtums auf die Hochschule, um die Universität der Besitzenden also.*

19. **Im Industrieland Deutschland gibt es weniger junge Absolventen der Ingenieurwissenschaften und der Informatik als zum Ausgleich für das Ausscheiden der Älteren nötig sind.**
Derzeit wird täglich über den Fachkräftemangel in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik berichtet. So benennt eine Studie des VDI 50.000 fehlende Ingenieure, BITKOM spricht von 20.000 fehlenden Informatikern und Informationstechnikern.
Die Situation wird sich lt. der kürzlich erschienenen OECD-Studie 2007 noch wesentlich verschärfen.
4ING fordert ein sowohl auf Quantität als auch auf Qualität gerichtetes Aktionsprogramm.
Quelle: idw

***Anmerkung:*** *Außer Studieneingangskontrollen zur Verbesserung der Qualität fällt dem Dachverein "Fakultätentage der Ingenieurwissenschaften und der Informatik an Universitäten" (4ING) nicht viel ein. Überlegungen, wie etwa das Studienangebot verbessert und eine bessere Förderung der Studierenden stattfinden könnte, finden nicht statt.*

20. **INSM: Initiative-Express 02/2007**
Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft [PDF – 1.2 MB]

***Anmerkung KR:*** *Ein Leser schrieb uns hierzu: „18 Seiten mit geballter Desinformation, Lobbyismus, Städte-, Länder-, und sonstigen Rankings, Antidiskriminierungsgesetz, Bildungsmonitor, Unicheck, Aktionen, Sportlern und einem Mönch als neufeudales Werbemaskottchen und und und … lesenswert. Man sollte die Gegenseite gut kennen."*
*Ich habe meine Zweifel, ob das wirklich lesenswert ist, und frage mich, ob es überhaupt jemanden gibt, der sich so etwas freiwillig antut. Machen Sie doch bitte das Experiment, laden Sie das Dokument herunter und blättern Sie es einfach mal durch. Hier eine Auswahl von Überschriften, die Sie dabei zu sehen bekommen:*

- *INSM-Bildungsmonitor 2007 sorgt für gute Nachrichten: Bessere Noten für die Bildung in ganz Deutschland*
  *Gut bleibt nur, wer ständig besser wird.*
- *Antidiskriminierungsgesetz: Hohe Kosten, kein Nutzen für Betroffene*
- *Ein Drittel des Aufschwungs 07 geht auf das Konto der Regierungen Schröder und Merkel*
- *INSM-Aktion zum Koalitionsgipfel auf Schloss Meseberg: Eisblock sollte die Große Koalition für weitere Reformen erwärmen*
- *Achtes INSM-Merkelmeter – die wissenschaftliche Politik-Analyse*
- *Halbzeitbilanz der Bundesregierung im neuen Webdesign*
- *Führende Ökonomen erwarten 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum und fordern Bundesregierung zur Haushalts-Sanierung auf*
  *forsa-Umfrage zum Podium von INSM und Tagesspiegel: Breite Mehrheit für*

*mehr Autorität in der Erziehung*

- *Olympiasiegerin Birgit Fischer: Wie Deutschland sich verbessern kann*
- *Handballweltmeister Heiner Brand: Warum fairer Wettbewerb im Sport und in der Wirtschaft wichtig ist …*
- *Warum Arbeit für Benediktiner-Chef Notker Wolf lebensnotwendig ist*
- *Mehr als 30 Professoren unterstützen das INSM-Pflegemanifest*
- *INSM-Buchprojekt: Deutschlands wahre Superstars*

*Wenn man mal von Begriffen wie „Superstar“ absieht, mit denen die INSM sich dem heutigen Zeit(un)geist anzubiedern versucht: Fühlen Sie sich nicht auch an die elend langweiligen Zeitungen des stalinistischen Ostblocks erinnert? Seiten voller Selbstbeweihräucherungen, Durchhalteparolen und Appelle – klassische Agitprop (Agitation und Propaganda). Wer liest so etwas?*